Die US-amerikanische Globalstrategie : die Krise im internationalen System

Autor(en): **Chomsky, Noam**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **7 (1987)**

Heft 13

PDF erstellt am: **19.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-651905

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

immer mehr Anhänger. Derweil treibt die Flucht in die Sachwerte die Kunstpreise in schwindelerregende Höhe: Van Gogh lässt grüssen.

Sicher ist, dass wenn auch nur ein Teil der internationalen Finanzmärkte zusammenbricht, die Schweizer Wirtschaft einen dramatischen, für alle spürbaren Schlag erhalten wird. Genauso wie heute die Mehrheit der Schweizer Profiteure des Finanzplatzes sind, wird diese Mehrheit, die als „Publikumsgesellschaft" Schweiz AG diesen Casino-Kapitalismus mitträgt, dann die Zeche bezahlen müssen.

Noam Chomsky

Die US-amerikanische Globalstrategie

Die Krise im internationalen System*

Eine realistische Einschätzung der Weltlage bietet keine sehr heiteren Aussichten. Welchen Blickwinkel man auch immer einnimmt: Wir sind konfrontiert mit Problemen, die ernst bis besorgniserregend sind und im Rahmen der bestehenden Institutionen sogar unlösbar, haben doch diese sie überhaupt hervorgebracht. Dies darf man von der wachsenden Gefahr eines Atomkrieges behaupten, wie auch von den sich häufenden Umweltkatastrophen, von der wachsenden internationalen Finanzkrise und von den zwar weniger ausgedehnten, aber punkto menschlichem Leidensdruck weitaus schrecklicheren Entwicklung des Terrors, der Folter, des Hungers, der Quasi-Sklavenarbeit und ganz allgemein der Unterdrückung und Gewalttätigkeit in weiten Gebieten der Welt. Ich will natürlich gar nicht erst versuchen, auf Probleme dieses Ausmasses einzugehen, sondern mich auf einige Bemerkungen zu gewissen Phänomenen der Gesamtlage beschränken, nämlich auf die Auswirkungen der US-amerikanischen Globalstrategie seit dem Zweiten Weltkrieg und auf die Funktionsweise eines Weltsystems, das in Gang gesetzt wurde und weiterhin aufrechterhalten wird. Ich wähle diesen Einstieg in ein weitverzweigtes Netz von kritischen Gegenwartsthemen, weil die USA während dieser Periode eine vorherrschende Rolle spielte, und auch ganz einfach darum, weil mir dies aus einleuchtenden Gründen ein persönliches Anliegen ist.

Während dieser Epoche gingen Europa und Japan tendenziell mit dem US-amerikanischen Vorgehen einig und unterstützten es, wenn auch mit einigem Zögern oder gar offener Opposition. Seit den 20er Jahren war sich Europa bewusst, dass sein ökonomisches Wohlergehen eng mit amerikanischer Prosperität und Macht verbunden ist. In der Nachkriegszeit wuchs die europäische Abhängigkeit, einerseits weil man sich auf die US-Macht zur Sicherung

weiter Gebiete der Welt für die Ausbeutung verliess, andererseits aber auch als Folge der wirtschaftlichen Beziehungen innerhalb der Ersten Welt; die Handelsbeziehung zwischen den USA und Europa begann sich in den späten 50er Jahren zugunsten Europas zu verschieben, dasselbe geschah 1965 mit Japan; es waren erste Anzeichen für die nunmehr gravierenden Spannungen innerhalb des US-beherrschten Nachkriegssystems. Diese Entwicklung wurde durch den Indochinakrieg massiv beschleunigt, der für die US-Wirtschaft allmählich zu einer schweren Belastung wurde, während andere Nationen sich durch ihre Teilnahme an der Zerstörung Indochinas an ihm bereicherten. Das politische Vorgehen der USA seither muss demnach als Versuch einer Korrektur und einer Umkehrung dieser Entwicklungen gesehen werden, mit unterschiedlichem Erfolg allerdings.

Während des Zweiten Weltkriegs entwarfen die Strategen der US-Regierung und des privaten Wirtschaftssektors ein auf die Bedürfnisse der US-Wirtschaft zugeschnittenes Nachkriegssystem in der Hoffnung, bald die ganze Welt in diese „Grossregion" (Grand area) integrieren zu können. Als die „Rollback"-Bemühungen um eine Einverleibung des Sowjetsystems in diese Grossregion scheiterten, zielten die Planer auf die nächstbeste Lösung: den Kalten Krieg, in dessen Zug die USA unabhängige nationale Erhebungen in ihrem globalen Einflussgebiet unterdrückte, während sie gleichzeitig der rivalisierenden Supermacht das Recht zur Gewalt und brutalen Kontrolle ihrer weitaus beschränkteren Einflusszone zugestanden.

Das System des Kalten Krieges war zwar nicht optimal, besass jedoch seine Vorteile für die herrschenden Eliten. Jede Supermacht betrachtet die andere als Hindernis für ihre politischen Absichten, doch eine jede versteht, dass die andere nicht beseitigt werden kann ohne gleichzeitige globale Zerstörung. So hat sich eine Art stillschweigende Zusammenarbeit im Globalmanagement herausgebildet, ein System, in welchem jede Supermacht die Angst der anderen ausnutzt, um ihre eigene Bevölkerung zu mobilisieren und mitunter auch um unwillige Alliierte zur Unterstützung von Subversion, Intervention oder gar offener Aggression innerhalb der eigenen Domäne — was im Fall der USA so ziemlich die ganze Welt bedeutet — zu bewegen. Mit den Worten Samuel Huntingtons, Politikwissenschafter und Regierungsberater: „Man muss Intervention oder andere militärische Aktionen so verkaufen, indem man den falsschen Eindruck erweckt, dass sie sich gegen die Sowjetunion richtet. Genau das haben die Vereinigten Staaten seit dem Aufkommen der Truman Doktrin getan".

Die *Grand Area*, die im Minimum die westliche Hemisphäre, den fernen Osten und das ehemalige britische Reich umfassen sollte, verlangte nach einer gewissen Struktur, wie sie von George Kennan, dem damaligen Direktor des „Policy Planning Staff", und anderen ausgearbeitet wurde mit der Schlussfolgerung, dass Europa und Asien sich mit ihren „natürlichen Führern", Westdeutschland und Japan, arrangieren sollten. Es war daher von grosser Wichtigkeit, dass in diesen beiden Nationen der Wiederaufbau vorangetrieben wurde, aber in besonderer Weise. In beiden Ländern tolerierten und ermutigten anfangs sogar die militärische Besatzungsmächte eine gewisse Demokrati-

sierung, doch dieses Vorgehen wurde 1947 von der zivilen Regierung in Washington aufgrund des „Umkehrkurses" in Japan und ähnlichen Schritten in der BRD 1947 bereits wieder abgeblockt.

Man war sich einig, dass sowohl Europa wie Japan ein Hinterland benötigten, Gebiete, die das Rohmaterial und Absatzmärkte lieferten. Kennans Planungsstab empfahl Südostasien zu dieser „Funktionserfüllung", und die USA machte sich daran, Japans nunmehr innerhalb der USA-dominierten „Grossregion" situierte „Prosperitätssphäre" wirtschaftlich wiederherzustellen. Eine unabhängige soziale und ökonomische Entwicklung musste abgeblockt werden, erstens weil es das solcherart fehlgeleitete Land an seiner „Funktionserfüllung" hindern würde und zweitens wegen der Gefahr des seit den späten 40er Jahren weltweit propagierten Domino-Effekts. Diese Befürchtungen führten die USA in einen Krieg gegen Südvietnam und in der Folge gegen ganz Indochina. Ähnliche Befürchtungen liess Henry Kissinger damals gegen Chile unter Allende verlauten, als er von einem „Virus" sprach, der weiterum, allenfalls bis nach Europa, „Ansteckung verbreiten" und den italienischen Wählern falsche Ideen in den Kopf setzen könnte. Dieselbe Besorgnis rief Guatemala während seines kurzen demokratischen Zwischenspiels hervor und sie wird heute wiederum in bezug auf Nicaragua geäussert, wenn Wortführer der Reagan-Administration und die Medien davon reden, dass Nicaragua „eingedämmt" und daran gehindert werden müsse, „seine linke Ideologie zu exportieren". Die Angst vor unabhängiger Entwicklung und deren potentiellem Nachahmungsdeffekt kann direkt vom Grossregions-Konzept abgeleitet werden und erklärt weitgehend die heutigen Aktionen und Interventionen der USA und seiner Verbündeten in der Dritten Welt.

Es kann nicht genügend betont werden, dass die Angst vor Demokratie und unabhängiger sozio-ökonomischer Entwicklung weitgehend die Aussenpolitik der USA bestimmt. In Geheimdokumenten höchster Regierungskreise können wir nachlesen, dass die USA sich „nationalistische Regimes", die für den Massendruck zur Verbesserung des niederen Lebensstandards und Entwicklung einheimischer Projekte empfänglich sind und damit vorrangige Pläne der „Grand Area" vereiteln könnten, entschieden entgegenstellen muss. Das treibende Moment der Aussenpolitik ist die „ökonomische Wurzel", Handel und Investition, welche den „Schutz unserer Rohmaterialien" und einen angemessenen Investitionsertrag garantiert. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir, so sagt man uns, „subversive" Ideen und Individuen, wenn nötig mit Gewalt, unterdrücken. Wir müssen „prädominanten Einfluss" über das notfalls mit dem Umsturz von Zivilregierungen beauftragte Militär gewinnen, welches, mit den Worten der Kennedy-Liberalen, die „am wenigsten antiamerikanische politische Gruppierung" darstellt. Der exzessive Liberalismus der Drittweltländer, welche die „Subversiven" häufig gewähren und ihre „fremden Ideologien" ungehindert ausbreiten lassen, muss ein Ende haben. Die Militäreinheiten müssen für die „innere Sicherheit" ausgebildet werden, das heisst, Staatsterrorismus und manchmal sogar US-Truppen sollen zur Sicherung dieser Ziele eingesetzt werden. Entwicklung ist erlaubt, wird sogar gefördert, doch ausschliesslich im Rahmen der Grossregion-Prinzipien. So wurde wäh-

rend der „Allianz für den Fortschritt" unter Kennedys die Produktion in der gesamten zentralamerikanischen Region gesteigert, und brachte vermehrt Unterernährung, Krankheit und Verarmung, weil die Subsistenzwirtschaft zugunsten des von den US-Firmen und ihren einheimischen Ablegern beherrschten Agrar-Exportsektors verringert wurde. Einher mit dieser Art von Entwicklung geht Terror im Innern, wie er auch von den liberaldemokratischen Regierungen der 60er Jahre gefördert wurde.

Die relative Macht der USA ist in den nachfolgenden Jahren infolge des Indochina-Engagements und anderer Entwicklungen zurückgegangen, so wie auch diejenige der UdSSR nach ihrem Höhepunkt in den späten 50er Jahren sank — übrigens ein eher schwacher Höhepunkt nach US-amerikanischen Massstäben. Eine Struktur musste demnach für die Grossregion formuliert werden. Dies wurde durch die Nixon-Doktrin ermöglicht, bei der die Durchsetzung „regionaler Interessen" innerhalb des von den USA gesteckten „Gesamtrahmens der Ordnung" an andere Mächte delegiert wurde, wie sich der damalige Aussenminister Kissinger ausdrückte. Kissinger sandte auch Warnsignale nach Europa: Es solle sich tunlichst vor einer Rollenerweiterung hüten. So warnte er vor einem den Mittleren Osten und Nordafrika umfassenden Handelsblock und erklärte (in Geheimdokumenten), dass seine diplomatischen Offensiven nach dem arabisch-israelischen Krieg von 1973 den Zweck hatten, „sicherzustellen, dass Westeuropa und Japan" in der besagten Region „in keinerlei Diplomatie" verwickelt würden.

Der Grossregion-Plan und die daraus resultierenden Unternehmen waren zwar für sich gesehen ein beträchtlicher Erfolg, doch schuf er auch ernsthafte Probleme. Die Notwendigkeit regelmässiger Interventions- und Subversionsprogramme erfordern einen enormen Apparat für offene und verdeckte Aktionen und zwingen die Grossmacht zu einer parmanenten Abschreckungshaltung um jegliche Bedrohung ihrer weltweiten Aktivitäten „abzuwenden". Das haben die Planer sehr wohl begriffen. Regelmässig wird uns von Liberalen wie von „Konservativen" erklärt, dass unsere strategischen Waffen einen notwendigen „Nuklearschirm" bilden, um den Einsatz unserer konventionellen Stärke als „sinnvolles Instrument militärischer und politischer Macht" zu gestatten. Solche Überlegungen sind für die USA von grosser Bedeutung; handelt es sich doch um eine Weltmacht, die ihre „Strategie des Kalten Krieges" in die entferntesten Winkel der Welt, wo die USA und ihre Klienten kein konventionelles Übergewicht haben, exportieren muss. Dies ist einer der Hauptgründe weshalb die USA heute zu einer beständig wachsenden Expansion ihrer strategischen Waffensysteme gezwungen sind, zusammen mit einer massiven, bei Bedarf einzusetzenden konventionellen Streitkraft. Und die wird auch eingesetzt; die zentralamerikanischen „Manöver" in Honduras, die Nicaragua zum beständigen defensiven Armeeeinsatz für den Fall einer Invasion zwingen sollen, sind ein Beispiel dafür.

Was die strategische Rüstung betrifft, so ist die Notwendigkeit, jegliche Einmischung mit „ Kalterkriegstaktik" abzuwenden, für die USA ein hinlänglicher Grund, den Wettlauf der Zerstörung aufrechtzuerhalten und gar zu beschleunigen. Es gibt auch innenpolitische Gründe. Nach dem Zweiten Welt-

krieg herrschte in weiten Kreisen, in der Privatindustrie wie bei Politikern, die Auffassung, dass die USA ohne massiven Eingriff der Regierung in die Wirtschaft wieder zur Ausgangsposition der Grossen Depression zurückkehren könnte. Man erklärte Sozialausgaben für untragbar und optierte für vermehrte Militärausgaben, was im Grunde einer staatsverordneten öffentlichen Subvention der Hochtechnologie-Industrie gleichkommt. Die ursprünglichen Pläne für das SDI-Programm etwa entsprachen ziemlich genau den von Japans Industriechefs veranschlagten Forschungs- und Entwicklungsausgaben. Militär-Keynesiansimus hat gegenüber alternativen Vorgehensweisen zwei Vorteile: Er erhöht inländische Privilegien und Macht, und die Bevölkerung wird, wenn man sie nur genügend einschüchtert, staatliche Wohlfahrtsmassnahmen für die Reichen und Privilegierten durchaus zu unterstützen bereit sein. Dies ist die ideologische Funktion des Kalten Krieges und erklärt solche Übungen wie die von den weltweit führenden Terrorkommandeuren lancierte Propagandakampagne gegen den „internationalen Terrorismus", die den Segen einer scheinbar nüchtern argumentierenden Elite hatte. Es überrascht daher nicht, dass die Regierung regelmässig Zuflucht zum Militär-Keynesianismus nimmt, wenn die Wirtschaft angekurbelt werden muss; dies war der Fall in den frühen 50err Jahren, während der Kennedy-Regierung und bei der heutigen Carter-Reagan Militäraufrüstung. Hier handelt es sich, neben der Notwendigkeit einer permanenten Abschreckungshaltung, um einen anderen wichtigen Faktor, der dieser „institutionalisierten" Verpflichtung zu endlosem Wettrüsten zugrunde liegt.

Die Irrationalität dieser US-Industriepolitik ist ebenfalls mit hohen Kosten verbunden. Die Subvention von Forschung, Entwicklung und Herstellung durch den staatlich geschützten Militärsektor ist verglichen mit marktorientierter rationaler Planung äusserst ineffizient. Infolgedessen bleiben die USA denn auch hinter ihren Konkurrenten wie Japan zurück. Der fanatische Keynesianismus der Reagan-Administration hat der US-Wirtschaft schweren Schaden zufügt, nicht nur wegen des schieren Ausmasses der vom Staat initierten öffentlichen Subvention zugunsten fortgeschrittener Sektoren der Industrie sondern auch weil die Subvention grösstenteils an gesellschaftlich „unnütze" Produktion ging, was wiederum den Niedergang „nützlicher" Produktion in den USA beschleunigte und ein riesiges Handels- und Haushaltdefizit schuf. Die Reaganschen Wirtschaftsmanager haben es, neben anderen Kunststücken, in wenigen Jahren fertiggebracht, die USA vom weltweit führenden Gläubiger zum führenden Schuldner umzuwandeln, was eine direkte Folge ihres Bestrebens auch verstärkter Staatsmacht ist, aber eben nur dort, wo sie sich extrem ineffizient und zerstörerisch auswirkt. Ihre Programme repräsentieren den Konsens einer Elite, die kaum Opposition kennt; und dies wiederum verweist auf die Tatsache, dass diese Programme auf einem institutionalisierten Bedarf beruhen. Doch die Kosten dafür müssen irgendwann einmal bezahlt werden.

Es fehlt hier die Zeit, um genau über die Bücher zu gehen, aber es lässt sich mühelos belegen, dass Sicherheit für die Berater des Nationalen Sicherheitsrates kaum je mehr als eine marginale Rolle spielte, es sei denn, man versteht

arunter die „Sicherung" der „Grand area" vor ihren Bewohnern. Die Planer aben andere Sorgen: Die Binnenwirtschaft soll im Interesse der ohnehin chon privilegierten Sektoren stimuliert werden, und ein Nuklearschirm soll ür Intervention und Subversion geschaffen werden. In Anbetracht dieser atsache fällt es nicht schwer zu verstehen, warum diese Strategen in schöner egelmässigkeit Programme entwerfen, welche die innere Sicherheit bedro- en und umgekehrt alles vermeiden, was dieser zugute käme, wie zum Beipiel in umfassendes atomares Testverbot. Man versteht auch nur zu gut, warum n den führenden Kreisen so wenig Besorgnis herrscht über das politische orgehen der USA in gewissen Regionen, wo eine aufrechterhaltene militäri- che Krise unschwer zu einer Konfrontation der Supermächte und einen ato- aren Schlagabtausch führen kann, wie es in der Vergangenheit öfter beinahe er Fall war! Im Mittleren Osten etwa, wo die USA seit 1971 konstant sich je- er Chance für ein Friedensabkommen entgegenstellten. In einem solchen trategischen Konzept sind nationale Sicherheit oder gar das Überleben irre- evante, aufschiebbare Überlegungen. So kommen denn solche Fragen gar icht auf und die gebildeten Klassen „erfüllen ihre Funktion", indem sie die ufmerksamkeit von ihnen weglenken. Was zählt, sind allein das Fortbeste- en der „"Grand area" und die eigenen Privilegien. Sicherheit und Überleben ind, wenn überhaupt, untergeordnete Faktoren.

Das folgende sind Auszüge eines Referats, das Noam Chomsky auf dem Symposium „USA—Schweiz—Dritte Welt" in Fribourg am 15./16. 5. 87 gehalten hat. Der hier abgedruckte Text ist stark gekürzt. Die Übersetzung besorgte freundlicherweise Corinne Schelbert. Weitere Information zum Symposium siehe in Berichtteil dieses Hefts.

WoZ
Die WochenZeitung

Es ist
widerspruchreif,
sie zu abonnieren.

01 363 02 02